

ANTRÄGE

1) Neues Rundfunkgesetz/vollintegratives Fernsehen

GR. **Hohensinner** stellt namens von ÖVP, SPÖ, KPÖ, der Grünen, FPÖ und BZÖ folgenden Antrag:

GR. **Hohensinner**: Anscheinend wird der Gemeinderat des Öfteren mit einer Kasperlbühne verwechselt und das finde ich sehr, sehr schade, weil es geht um wichtige Sachen in diesem Haus. Ich möchte jetzt meinen Antragstext direkt verlesen. Es geht um das neue Rundfunkgesetz, es befindet sich gerade in Begutachtungsphase.

Daher stelle ich namens der Gemeinderatsfraktionen von ÖVP, SPÖ, KPÖ, GRÜNE, FPÖ und BZÖ folgenden

d r i n g e n d e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge mit folgendem Anliegen an den Bundesgesetzgeber herantreten:

Der ORF wird aufgefordert, die GIS Beiträge von sinnesbeeinträchtigten Menschen zur Gänze für den Ausbau des vollintegrativen Fernsehens zweckgebunden einzusetzen.

Im Zuge der bereits diskutierten Refundierungsmillionen an den ORF soll ein gewisser Teil für den barrierefreien Ausbau verwendet werden.

Danke (*Applaus ÖVP*).

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Früher waren behinderte Menschen generell von der Rundfunkgebühr befreit. Im Juli 2003 wurde im Budgetbegleitgesetz eine neue Regelung beschlossen.

Die neue Verordnung macht die Gebührenbefreiung vom Familiengesamteinkommen abhängig. Es ist auch gerecht, dass nun beispielsweise ein Akademiker im Rollstuhl (der gut verdient) zur Kassa gebeten wird.

Leider diskriminiert die Verordnung aber auch gehörlose und blinde Menschen. Diese Gruppe kann vom ORF-Angebot maximal 19 Prozent konsumieren, muss aber ab einem gewissen Einkommen, die volle Gebühr entrichten. Die Blinden- und Gehörlosen-Selbstvertretungen sind bereit, weiterhin zu bezahlen, fordern aber die Zweckbindung ihrer Beiträge für den Ausbau des integrativen Fernsehens.

2003 und 2008 verabschiedeten wir hier im Gemeinderat eine diesbezügliche einstimmige Petition in Richtung Wien. Leider konnten die Blinden- und Gehörlosenverbände bis heute kaum Verbesserungen feststellen.

Das Behindertengleichstellungsgesetz sieht für einen barrierefreien Zugang zum Rundfunk Übergangsfristen bis Ende 2015 vor. Um das neue Rundfunkgesetz nicht bald neuerlich novellieren zu müssen, erscheint das Einflechten von Maßnahmen wie Gebärdendolmetsch bzw. Untertitelung in der angestrebten Beschlussfassung sinnvoll.

Da in diesen Tagen das neue Rundfunkgesetz in Begutachtung geht und sinnesbeeinträchtigte Menschen wieder keine Berücksichtigung erfahren haben, sollten wir nochmals mit unserem Anliegen an den Bundesgesetzgeber herantreten.

Daher stelle ich namens der Gemeinderatsfraktionen von ÖVP, SPÖ, KPÖ, GRÜNE, FPÖ und BZÖ folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge mit folgendem Anliegen an den Bundesgesetzgeber herantreten:

Der ORF wird aufgefordert, die GIS Beiträge von sinnesbeeinträchtigten Menschen zur Gänze für den Ausbau des vollintegrativen Fernsehens zweckgebunden einzusetzen.

Im Zuge der bereits diskutierten Refundierungsmillionen an den ORF soll ein gewisser Teil für den barrierefreien Ausbau verwendet werden.

2) Rettung der historischen Gewächshäuser

GR. **Mayr** stellt namens der ÖVP und der Grünen folgenden Antrag:

GR. **Mayr**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! In diesem Antrag geht es auch um das Projekt des Vereins Denkmal und der Institute Botanik und Kunstgeschichte der Uni zum Erhalt der sogenannten alten Glashäuser im Botanischen Garten. Auf Initiative von unserem Gemeinderatskollegen Bernhard Kraxner kam es in der letzten Woche am Donnerstag auch zu einem ersten Besichtigungstermin und Projektgespräch, und in meinem Antrag geht es darum, die zuständigen Stellen der Stadt Graz zu bitten, mit der Universität und dem Verein Denkmal in Gespräche einzutreten, in welcher Weise das im Motivenbericht genannte Projekt von Seiten der Stadt unterstützt werden kann, insbesondere hinsichtlich des Wunsches der Projektpartner, der dort bei diesem Termin geäußert wurde auf Unterstützung bei der Überprüfung von EU-Fördermöglichkeiten, da die Stadt Graz mit dem entsprechenden Referat hier über sehr gutes Know-how verfügt (*Applaus ÖVP*).

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Auf Initiative des Vereins Denkmal Steiermark mit Hofrat DI Dr. Friedrich Bouvier gibt es gemeinsam mit den Instituten für Botanik und Kunstgeschichte und dem Naturschutzbund einen neuen Anlauf zur Rettung des Baudenkmals altes Gewächshaus im Botanischen Garten der Universität. Nachdem es vor mehreren Jahren bereits ein fertiges Projekt mit Finanzierungszusagen gab, das dann leider auf Grund von organisatorischen Gegebenheiten an der Universität nicht verwirklicht werden konnte, sind nun wieder alle notwendigen Partner inkl. BIG übereingekommen einen Projektneubeginn zu starten. Auf Initiative von GR Bernhard Kraxner gab es am 16.4.2009 einen ersten Besichtigungstermin und ein Projektgespräch, bei dem zahlreiche GemeinderätInnen aller Fraktionen und Verantwortungsträger der Stadt Graz anwesend waren.

Ich stelle namens der Gemeinderatsklubs von ÖVP und Grünen den

A n t r a g ,

die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, mit der Universität Graz und dem Verein Denkmal in Gespräche einzutreten, in welcher Weise das im Motivenbericht genannte Projekt,

von Seiten der Stadt Graz unterstützt werden kann, insbesondere hinsichtlich des Wunsches der Projektpartner auf Unterstützung bei der Überprüfung von EU-Fördermöglichkeiten.

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine Damen und Herren, wir wurden auch als Stadtsenatsmitglieder gebeten, dass wir ein gemeinsames Regierungsfoto neu jetzt zustande bringen. Es haben sich auch im Übrigen alle, die seit heute in der Früh schon fleißig in den Ausschüssen sind und auch jetzt hier im Gemeinderat mitarbeiten eine Pause verdient. Wir unterbrechen den Gemeinderat für eine halbe Stunde und ich darf sowohl die Stadtsenatskollegen als auch die Klubobleute in den

Vorraum beim Bürgermeisteramt bitten, zwecks Fotos. Dankeschön. Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung des Gemeinderates vom 16.00 bis 16.45 Uhr.

3) Ausbau akustischer Signale für sehbehinderte und blinde Personen

GR. **Müller** stellt folgenden Antrag:

GR. **Müller**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Stadtsenatsmitglieder, liebe Gemeinderatskollegen! Bei diesem Antrag geht es darum, dass bei Lichtsignalanlagen für Blinde akustische Signalanlagen erforderlich sind. Daher stelle ich im Namen des ÖVP-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen:

Die Verantwortlichen der Landeshauptstadt Graz werden ersucht, an die zuständigen Stellen des Landes heranzutreten, um den Ausbau von Lichtsignalanlagen mit akustischen Signalen für sehbehinderte und blinde Menschen auf Landesstraßen der Stadt Graz zu forcieren und eine Abstimmung mit den Verantwortlichen der Stadt Graz herbeizuführen. Insbesondere ist der Ausbau der Anlagen am gesamten Straßenverlauf der Liebenauer Hauptstraße als vordringlich einzustufen und ehestmöglich umzusetzen (*Applaus ÖVP*).

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Motivenbericht nur schriftlich:

In den letzten Jahren wurden auf Initiative der jeweils zuständigen Ressortverantwortlichen der Stadt Graz der Ausbau akustischer Signale für sehbehinderte und blinde Personen bei durch Lichtsignalanlagen geregelten Kreuzungen und/oder geregelten Fußgängerübergängen sehr viel getan und dadurch sinnvolle Investitionen getätigt. Insbesondere wurde in den Innenstadtbezirken der Ausbau mit akustischen Signalen stark vorangetrieben, und es gibt entsprechende Ausbaupläne für weitere Lichtsignalanlagen für die Aufrüstung mit akustischen Signalen auf Gemeindestraßen bzw. Kreuzungsbereiche mit Gemeindestraßen.

Derzeit stark vernachlässigt sind aber Straßenzüge im Grazer Stadtgebiet, welche nicht Gemeindestraßen sondern Landstraßen bzw. Kreuzungsbereiche mit Landesstraßen, da hierfür der bzw. die Straßenerhalter zuständig ist, sind.

Beispielhaft dafür ist die Liebenauer Hauptstraße, welche nicht nur eine der starkfrequentiertesten Ein-/und Ausfahrtsstraße ist, sondern auch für Schulen, Horte, Seniorenheim sowie Bewohner/-innen der Lebenshilfe von Fußgängern und Fußgängerinnen gequert werden muss. Zahlreiche Lichtsignalanlagen sind entlang der Liebenauer Hauptstraße noch nicht mit den erforderlichen akustischen Signalen ausgestattet!

Dies trifft zumindest auf die Fußgängerampeln im Bereich der Messendorferstraße, Sternäckerweg (voll ausgebauter Kreuzungsbereich), Banngrabenweg und weitere Lichtsignalanlagen zu.

Daher stell ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g,

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen:

Die Verantwortlichen der Landeshauptstadt Graz werden ersucht, an die zuständigen Stellen des Landes heranzutreten, um den Ausbau von Lichtsignalanlagen mit akustischen Signalen für sehbehinderte und blinde Menschen auf Landesstraßen der Stadt Graz zu forcieren und eine Abstimmung mit den Verantwortlichen der Stadt Graz herbeizuführen. Insbesondere ist der Ausbau der Anlagen am gesamten

Straßenverlauf der Liebenauer Hauptstraße als vordringlich einzustufen und ehestmöglich umzusetzen.

4) Trinkwasserbrunnen an der Bäderlaufstrecke

GR. Mag. **Molnar** stellt folgenden Antrag:

Mag. **Molnar**: Am Fuß von Schloss St. Martin verläuft die sogenannte Bäderlaufstrecke, welche von LäuferInnen, aber auch von Walkern, Spaziergängern und Radfahrern stark frequentiert wird. Von zahlreichen Benutzern dieser beliebten Strecke wurde öfters der Wunsch geäußert nach einem Trinkwasserbrunnen, wie es bei der Murlaufstrecke üblich ist, um sich mit frischem Wasser zu stärken.

Daher stelle ich im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge die zuständige Abteilung beauftragen, im Bereich des Parkplatzes am Fuß des Schlosses St. Martin einen Trinkbrunnen aufzustellen. Danke.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Am Fuß des Schlosses St. Martin verläuft die sogenannte „Bäderlaufstrecke“, welche von LäuferInnen, aber auch von WalkerInnen, SpaziergängerInnen und RadfahrerInnen stark frequentiert wird.

Von zahlreichen BenutzerInnen dieser beliebten Strecke wurde öfters der Wunsch nach einem Trinkwasserbrunnen (wie bei der Murlaufstrecke) geäußert, um sich mit frischem Wasser stärken zu können.

Daher stelle ich namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge die zuständige Abteilung beauftragen, im Bereich des Parkplatzes am Fuß des Schlosses St. Martin einen Trinkbrunnen aufzustellen.

6) Mehr öffentliche Aschenbecher in Graz

GR. **Neumann** stellt folgenden Antrag:

GR. **Neumann:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadtsenatsmitglieder! Erlauben Sie mir zunächst die Bemerkung, dass es mich als Unternehmer der Stadt Graz sehr, sehr freut, dass wir eine neue Wirtschaftsstadträtin haben, die mit vollem Engagement die Probleme und die Lösungen für die Wirtschaft der Stadt Graz finden wird. Mein Antrag beschäftigt sich mit mehr öffentlichen Aschenbechern für die Stadt Graz. Das verschärfte Raucherschutzgesetz treibt die Raucher vermehrt auf die Straße, um ihren Bedürfnissen legal nachgehen zu können. Das verursacht auch automatisch ein höheres Aufkommen von Zigarettenstummeln im öffentlichen Raum, die dann als Ergebnis am Boden liegen bleiben. Dem Raucher bleibt aber oft keine andere Wahl, als die Zigarette am Boden zu entsorgen, da unzureichend öffentliche Aschenbecher in Graz vorhanden sind. Auch die Suche nach dem nächsten Kanaldeckel zur Entsorgung der Zigarettenstummel gestaltet sich häufig als sehr schwierig. Um der steigenden Verschmutzung durch Zigarettenstummel in Graz entgegenzuwirken stelle ich daher namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat möge beschließen, mehr öffentliche Aschenbecher in Graz aufzustellen beziehungsweise sämtliche Mistkübel mit Aschenbechern auszustatten, auch in den Fußgängerzonen der Innenstadt weitere öffentliche Aschenbecher aufzustellen. Dankesehr (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals. Möchte an unsere Abmachung erinnern, dass wir in erster Linie den Antragstext verlesen mit der Überschrift.

Motivenbericht nur schriftlich:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, das verschärfte Raucherschutzgesetz treibt die Raucher vermehrt auf die Straße, um ihren Bedürfnissen legal nachgehen zu können. Das verursacht auch automatisch ein höheres Aufkommen von Zigarettenstummeln im öffentlichen Raum, die dann als Ergebnis am Boden landen. Dem Raucher bleibt aber oft keine andere Wahl, als die Zigarette am Boden zu entsorgen, da unzureichend öffentliche Aschenbecher in Graz vorhanden sind. Auch die Suche nach dem nächsten Kanaldeckel zur Entsorgung der Zigarette gestaltet sich nicht immer ganz einfach und sollte auch keine dauerhafte Lösung sein.

Um der steigenden Verschmutzung durch Zigarettenstummel in Graz entgegenzuwirken, stelle ich daher namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat möge beschließen, sämtliche öffentliche Mistkübel in Graz mit Aschenbechern auszustatten und zusätzlich in den Fußgängerzonen der Innenstadt öffentliche Aschenbecher aufzustellen.

6) Kirchweg, XIII Bezirk

GR. Mag. **Schönberger** stellt folgenden Antrag:

Mag. **Schönberger**: Ich habe meinen Antrag ganz kurz gehalten, darum möchte ich ihn ganz verlesen. Es geht um den Kirchweg im XIII. Bezirk. Hier ist schon lange ein Missstand, ist die Straße abgesenkt, es gibt dort große Regenlacken, die auf die Hausfassade der Häuser spritzen zum großen Ärgernis der Bewohner, und mittlerweile sind nur mehr Fleckerlteppiche dort, weil eben die Straße zig-tausende Male ausgebessert wurde, aber nicht ausreichend. Im Namen der ÖVP-Gemeinderatsfraktion stelle ich folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen, dass der gesamte Kirchweg, beginnend bei Hausnummer 32 in Richtung Augasse, neu asphaltiert werden möge.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Auf Höhe Kirchweg 32 hat sich bereits vor Jahren das Straßenniveau gesenkt. Dies führt dazu, dass bei Regen das Regenwasser nicht in den nahe gelegenen Kanal abrinnen kann, sondern sich zum Leid des Besitzers des Hauses Kirchweg 32 vor seinem Eingang staut. Diese bei Regen entstehende große Lacke wird durch vorbeifahrende Autofahrer regelmäßig auf die Hauswand des Hauses verteilt und schädigt somit ständig die Fassade des Hauses.

Zusätzlich hat sich der Kirchweg in all den Jahren zu einem „Fleckerlteppich“ entwickelt, sodass es sinnvoll erscheint, den gesamten Kirchweg zu sanieren.

Im Namen der ÖVP-Gemeinderatsfraktion stelle ich folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen, dass der gesamte Kirchweg, beginnend bei Hausnummer 32 in Richtung Augasse, neu asphaltiert wird.

7) Hundekotsackerldispenser

GR. Mag. **Schönberger** stellt folgenden Antrag:

Mag. **Schönberger**: Der zweite Antrag Hundesackerldispenser. Die bereits aufgestellten Gratis-Hundesackerldispenser kommen bei den Hundehaltern in Graz sehr gut an und beugen so Konflikten in der Bevölkerung vor (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Ein hohes Hundeaufkommen befindet sich aber vor allem um den Bereich der Tierheime Arche Noah und Landestierschutzheim sowie vor allen Tierarztpraxen und Tierärztkliniken. Diese verfügen über keine Grathundesackerldispenser. Um auch hier bestehende Konfliktherde einzudämmen, stelle ich namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen: Die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Graz sollen sowohl beide Grazer Tierheime als auch alle Tierarztpraxen und -kliniken mit Gratis-Hundesackerldispenser inklusive Mistkübel ausstatten. Eine Liste zur Erleichterung habe ich dem Antrag beigelegt, wo alle Standorte ersichtlich sind. Danke (*Applaus ÖVP*).

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Die bereits aufgestellten Gratis-Hundekotsackerldispenser kommen bei den Hundehaltern in Graz sehr gut an und beugen so Konflikten in der Bevölkerung vor.

Hohes Hundeaufkommen findet man allerdings auch rund um alle Tierheime und Tierarztpraxen in Graz, die noch über keine Gratis-Hundekotsackerldispenser verfügen.

Um auch hier bestehende Konfliktherde einzudämmen, stelle ich namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion folgenden

A n t r a g ,

der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen:

Die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Graz sollen sowohl beide Grazer Tierheime als auch alle Tierarztpraxen und -kliniken mit Gratis-Hundekotsackerldispenser inkl. Mistkübel ausstatten. Eine Liste mit allen Standorten liegt dem Antrag zur Erleichterung der Arbeitsausführung bei.

8) Parkplätze für Familien mit Kleinkindern

GRin. **Potzinger** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Potzinger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Bürgermeister hat den Betreff schon genannt. Die Problemstellung in einem Satz. Die Schrägparkplätze sind oft so knapp bemessen, dass es kaum oder nicht möglich ist, ein Baby im Maxi-Cosi herauszuheben oder Kinder anzuschlappen und dann herauszuholen und die Wagerl aufzubauen. Es gibt ein Pilotprojekt, weil wir heute schon europäisch unterwegs waren. In Pulheim in der Nähe von Köln, ich bedanke mich bei Kollegen Hohensinner bei der Hilfe bei der Recherche, etwas Ähnliches wünschen wir uns in Graz für Familien mit kleinen Kindern, dass es in der Nähe der Parkscheinautomaten etwas breitere Parkplätze gibt, die mit einem Kinderwagerl gekennzeichnet sind. In Einkaufszentren gibt es das schon, um die Kinder- und Familienfreundlichkeit unsere Stadt weiter auszubauen. Danke (*Applaus ÖVP*).

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Familien, die mit Babys und Kleinkindern im Auto in der Stadt unterwegs sind, haben oft Probleme, einen geeigneten Abstellplatz für ihr Fahrzeug zu finden. Aufgrund der vorgegebenen Breite der Parkplätze gibt es oft Schwierigkeiten beim Auf- und Abbau von Kinderwägen und beim Umbetten von Säuglingen vom Auto in den Kinderwagen und zurück. Es ist manchmal kaum möglich, Kinder im Maxi-Cosi-Tragekorb aus dem Auto zu heben oder am Kindersitz anzugurten, weil knapp neben der Autotür ein anderes Fahrzeug parkt.

Auch der Gang zum Parkscheinautomaten kann zu zusätzlichen Belastungen führen. Das "Handyparken" wird in Graz sicherlich eine große Erleichterung bringen, doch derzeit haben Familien mit der zweifachen Schwierigkeit zu kämpfen, dass oft die

verfügbaren Parkplätze zu eng und zu weit entfernt vom nächsten Parkscheinautomaten sind. Abhilfe schaffen könnten extrabreite, mit einem Kinderwagensymbol gekennzeichnete Parkplätze in unmittelbarer Nähe von Parkscheinautomaten. Die Berechtigung für Familien, einen solchen Parkplatz zu benützen, soll mittels einer Plakette erfolgen, die im Fahrzeug neben den Parkschein gelegt wird. Die Plakette soll als besonderes Service der Stadt Graz mit der Geburtsurkunde ausgefolgt werden und bis zum dritten Geburtstag des Kindes gültig sein. Diese Maßnahme wäre ein weiterer Beitrag zum Ausbau der Kinder- und Familienfreundlichkeit unserer Stadt.

Daher stelle ich namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g :

Das zuständige Amt möge beauftragt werden, im Sinne der Kinder- und Familienfreundlichkeit unserer Stadt für Familien mit Kleinkindern ihren Bedürfnissen entsprechende Parkplätze bereitzustellen.

9) Intensivierung der Straßenreinigung und Müllbeseitigung

GR. Mag.^a Dr. **Sprachmann** stellt folgenden Antrag:

Dr. **Sprachmann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Die Entsorgung von Müll ist anscheinend ein allgemeines Problem in der Stadt Graz. Wir haben jetzt bereits mehrere Anträge diesbezüglich auch gehört. Es stimmt, Graz wird zunehmend eine schmutzige Stadt, FußgängerInnen, die laufen ständig Gefahr, auf Kaugummireste zu treten, Zigarettenstummel, weggeworfene Papierl und Hundstrümmerl säumen die Plätze und die Gehwege. Ich stelle daher namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs den

A n t r a g ,

der Gemeinderat wolle im Sinne des vorhin angesprochenen Motivenberichtes beschließen, dass zumindest in den von PassantInnen stark frequentierten Bereichen unserer Stadt mehr Mülleimer aufgestellt werden, dies in intervallmäßig kleineren Abständen entleert werden, sowie dass die Straßenreinigung in intervallmäßig kleineren Abständen erfolgt. Ich ersuche um Annahme des Antrages.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Dass der Tourismus in Graz einen nicht unwesentlichen Stellenwert hat, dass die Stadt und die Grazer Wirtschaft über den Tourismus beträchtliche Einnahmen erzielen, wird immer wieder betont. Umso bedauerlicher – aber nicht nur in Hinblick auf den Tourismus, sondern vor allem auch betreffend die Lebensqualität der Grazerinnen und Grazer – ist, dass unsere schöne Stadt zunehmend verschmutzt. Was sogar schon soweit geht, dass BesucherInnen von Graz als einer schmutzigen Stadt reden: FußgängerInnen laufen ständig in Gefahr, auf Kaugummireste zu treten, Zigarettensammel, weggeworfene Papierln und Hundstrümmerl säumen Plätze und Gehwege.

Es liegt nicht an den Bediensteten der Wirtschaftsbetriebe – es liegt an den VerantwortungsträgerInnen, dass zuwenig Mülleimer aufgestellt sind, dass die Intervalle für die Straßenreinigung nicht verstärkt werden.

Auffällig ist, dass dies vor allem auch dort unterlassen wurde, wo es eine hohe PassantInnenfrequenz gibt – da quellen sehr rasch die viel zu wenigen Mülleimer über, der Unrat landet auf der Straße.

Ich stelle daher namens der SP-Gemeinderatsklubs den

A n t r a g ,

der Gemeinderat wolle im Sinne des obigen Motivenberichtes beschließen, dass zumindest in den von PassantInnen stark frequentierten Bereichen unserer Stadt mehr Mülleimer aufgestellt werden, diese in intervallmäßig kleineren Abständen entleert werden.

10) Moosbrunnweg/Lösung für Oberflächenwasser

GR. **Martiner** stellt folgenden Antrag:

GR. **Martiner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat! Der Antrag beschäftigt sich eben mit Moosbrunnweg, Lösung für Oberflächenwässer. Sämtliche Oberflächen und Dachabflusswässer werden von den Äckern am Messendorferberg, beginnend über die angrenzenden Liegenschaften des Moosbrunnwegs auf diese abgeleitet. Der Regenwasserkanal schafft es nicht mehr, deswegen stelle ich den

A n t r a g

namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), die Baudirektion raschest zu beauftragen, von der Arbeitsgruppe Hangwasser Lösungsvorschläge einzufordern und diese dann raschest umzusetzen, um das massive Problem der Anrainer des Moosbrunnweges einer positiven Lösung zuzuführen (*Applaus SPÖ*).

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Oberflächenwasser überflutet seit Jahren Privathäuser zu beiden Seiten der St.-Peter- Hauptstraße. Seit über 15 Jahren leiden BewohnerInnen entlang des Moosbrunnweges und der St.-Peter-Hauptstraße, Höhe Steiermark Tourismus/St.-Peter-Hauptstraße 247, unter Überschwemmungen der Grundstücke sowie Kellerräume. Sämtliche Oberflächen und Dachabflusswässer werden von den Äckern am Messendorferberg beginnend über die angrenzenden Liegenschaften des Moosbrunnweges auf diese abgeleitet. Der vorhandene Regenwasserkanal ist dadurch sofort überlastet und das Wasser rinnt wie ein Bach den Moosbrunnweg hinunter und in die angrenzenden Grundstücke.

Das letzte Mal wurde das Problem am 27.10 2008 bei einer Bürgerversammlung angesprochen, und die damalige Antwort von zuständigen Vertretern der Stadt war, dass das Problem der Arbeitsgruppe Hangwasserprobleme zugeführt werde. Die Anrainer zweifeln mittlerweile daran, ob diese besagte Arbeitsgruppe ein Ergebnis liefern wird, da bis dato die Betroffenen nur Kosten hatten, eine bauliche Veränderung bzw. die Unterstützung für eine solche aber nicht erfolgte.

Ich stelle daher Namens der SPÖ Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g ,

die Baudirektion raschest zu beauftragen, von der Arbeitsgruppe Hangwasser Lösungsvorschläge einzufordern und diese dann raschest umzusetzen, um das massive Problem der Anrainer des Moosbrunnwegs einer positiven Lösung zuzuführen.

11) Berücksichtigung von Umweltkriterien bei Ausschreibungen der Stadt Graz

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt folgenden Antrag:

Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Strom aus Indien werden wir nicht bekommen, trotzdem ist an der Stromversorgung der Stadt Graz und der stadt eigenen Betriebe ein großer Verbesserungsbedarf, damit wir unsere eigenen Ziele des Kommunalen Energiekonzepts erfüllen.

Daher stelle ich im Namen des Grünen Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Bei zukünftigen Ausschreibungen für Stromlieferungen darf nicht nur das Billigstprinzip berücksichtigt werden. Die Kriterien zur Auswahl des Bestbieters sollen um ökologische Kriterien erweitert werden, welche die Umsetzung des Kommunalen Energiekonzepts der Stadt Graz ermöglichen. Es handelt sich vor allem um die Minimierung des Atomstromanteils sowie der CO₂-Emissionen. Dazu wird unter Einbeziehung des Umweltamtes ein geeignetes Punktesystem zur Objektivierung des Auswahlverfahrens entwickelt werden, auf dessen Basis in Zukunft die Ausschreibungsunterlagen erstellt werden. Danke (Applaus Grüne).

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Aufträge, die die Stadt Graz an private Firmen vergibt, unterliegen ab einer gewissen Summe den strengen Regeln des Bundesvergabegesetzes, welches geschaffen wurde, um Unternehmen einen fairen Wettbewerb zu garantieren und die Vergabe aus „Freunderlwirtschaft“ hintanzuhalten.

Das Bundesvergabegesetz ermöglicht dabei nicht nur ein Vorgehen nach dem Billigst-BieterIn-Prinzip, sondern auch die Berücksichtigung der Kriterien der Einhaltung arbeits- und sozialrechtlicher Bestimmungen (§ 84) und der Barrierefreiheit bei Bauten (§ 87).

Auch Umweltschutz und Qualitätssicherung (§ 77) sind Kriterien, die berücksichtigt werden können. Im Rahmen der technische Spezifikationen (§ 79 Abs 2, § 98), die für die Auftragserfüllung vorgegeben werden können, ist die Festlegung von umweltfreundlichen Standards möglich.

Damit soll erreicht werden, dass - langfristig betrachtet - das beste Angebot ausgewählt werden kann, welches durch die Berücksichtigung der Umwelt, aber auch der sozialen Bedingungen und der damit verbundenen Kosten nachhaltig zum Vorteil unserer Stadt wirksam ist.

Aktuell schreibt die Stadt Graz nun die Lieferung von elektrischem Strom aus.

In den Ausschreibungsunterlagen wird lediglich vom Bestangebot anhand der folgenden Kriterien gesprochen: „technisch und wirtschaftlich günstigstes Angebot“.

Aufgrund der europaweiten Ausschreibung können diese Kriterien nicht *verhindern*, dass Unternehmen den Zuschlag erhalten, deren Strommix im Widerspruch zu den beschlossenen Zielen der Energiepolitik der Stadt Graz steht.

Ganz besonders müssen die folgenden Ziele des KEK (Kommunales Energiekonzept) hervorgehoben werden:

- Verzicht auf Atomstrom (symbolischer Atomausstieg)
- Reduktion der Treibhausgase

Aufgrund der obigen Vorgaben ergeben sich die folgenden Kriterien:

- Das *liefernde Unternehmen* muss im Idealfall einen Atomstromanteil von 0% im Sinne des Stromkennzeichnungsgesetzes ausweisen. Für die Bewertung ist der gesamte Händlermix des *liefernden Unternehmens* heranzuziehen. Bei Tochtergesellschaften ist der gesamte Händlermix der Muttergesellschaft für die Bewertung ausschlaggebend.
- Gleiches gilt für Subunternehmen

- Die CO₂-Emissionen des gelieferten Strommixes stellen ein wichtiges Qualitätskriterium dar und sind daher bei der Auswahl des Bestgebotes entsprechend zu berücksichtigen (eine überprüfbare Angabe des mittleren CO₂-Emissionsfaktors).

Im Namen des Grünen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

A n t r a g ,

bei zukünftigen Ausschreibungen für Stromlieferungen darf nicht nur das Billigstprinzip berücksichtigt werden. Die Kriterien zur Auswahl des Bestbieters sollen um ökologische Kriterien erweitert werden, welche die Umsetzung des KEK der Stadt Graz ermöglichen. Es handelt sich vor allem um die Minimierung des Atomstromanteils sowie der CO₂-Emissionen. Dazu wird unter Einbeziehung des Umweltamtes ein geeignetes Punktesystem zur Objektivierung des Auswahlverfahrens entwickelt werden, auf dessen Basis in Zukunft die Ausschreibungsunterlagen erstellt werden.

12) Graz soll Fairtrade-Gemeinde werden

GR. **Schneider** stellt namens von Grünen, SPÖ, ÖVP und BZÖ folgenden Antrag:

GR. **Schneider**: Sehr geehrte Mitglieder des Stadtsenates, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Ganz besonders begrüßen möchte ich Herrn Erich Tausch von Fairtrade-Towns Steiermark (*Applaus Grüne*). Mein Antrag geht genau in die Richtung, Graz soll Fairtrade-Gemeinde werden. Ganz kurz dazu nur, entsprechende Anträge hat es schon gegeben, zuletzt vor eineinhalb Jahren von Frau Gemeinderätin Daniela Kummer auch, und im Umweltamt sind auch schon Projekte, die in die Richtung gehen, in Vorbereitung. Mein Antrag geht in die Richtung, dass

wir auch Graz als erste Landeshauptstadt in Österreich eine Fairtrade-Gemeinde werden. Ich werde jetzt den Antragstext verlesen.

Die Magistratsdirektion, das Umweltamt und alle weiteren zuständigen Abteilungen werden aufgefordert,

1. die im Motivenbericht angeführten 5 Kriterien so bald als möglich zu erfüllen, falls jemand wissen will, welche fünf Kriterien das sind, www.fairtrade.at,
2. mit der österreichischen Fairtrade-Zertifizierungsorganisation in Kontakt zu treten und um Auszeichnung als Fairtrade-Gemeinde anzusuchen,
3. entsprechend der 5 Kriterien und des Fairtrade-Konzeptes, unter Rücksichtnahme auf ökologische Kriterien, Projekte – besonders im Bereich der städtischen Beschaffung und der öffentlichen Unterstützung der Fairtrade-Idee – zu entwerfen und durchzuführen.
4. die notwendigen finanziellen Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Ich freue mich auch, dass auch die Gemeinderatsfraktionen von ÖVP, SPÖ und BZÖ diesen Antrag unterstützten (*Applaus Grüne*).

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Fairtrade bezeichnet seit Jahren einen Weg, ohne Ausbeutung anderer Menschen konsumieren zu können. Fairtrade bedeutet, dass ein fairer Preis, von dem die ProduzentInnen auch leben können, gezahlt wird. Fairtrade steht weiters für transparente und direkte Handelsbeziehungen. Immer mehr Menschen entdecken Fairtrade-Produkte als soziale Alternative zu Produktionsweisen, die Ausbeutung und Sozialdumping nicht ausschließen können. Letztes Jahr betrug der Umsatz mit Fairtradeprodukten in Österreich bereits 65 Millionen €

In Graz gibt es zum Glück schon einige Möglichkeiten, fair gehandelte Waren zu erwerben. Auch wurden schon Vorstöße im Gemeinderat unternommen – zuletzt von Gemeinderätin Daniela Kummer – um in Graz die Unterstützung des Fairtrade-

Gedankens zu vergrößern. Im Umweltamt ist etwa ein schon ein Projekt zur fairen und ökologischen Beschaffung in Vorbereitung.

Es gibt nun die Möglichkeit, auch als „Fairtrade-Gemeinde“ die Fairtrade-Idee ganz besonders zu unterstützen. Dazu müssen folgende Kriterien erfüllt werden:

1. Die Gemeinde bekennt sich zu FAIRTRADE

Die Gemeinde verabschiedet eine Resolution zur Unterstützung von FAIRTRADE und verwendet ab sofort FAIRTRADE Kaffee und weitere FAIRTRADE Produkte bei ihren Sitzungen, in ihren Büros, in ihren Kantinen (z.B.: Umstellung der Kaffeeautomaten) sowie bei Gemeindeveranstaltungen.

2. Engagement in der FAIRTRADE Gruppe

Eine FAIRTRADE Arbeitsgruppe wird gegründet, die sich regelmäßig trifft und an der Umsetzung und Weiterentwicklung der Ziele arbeitet. Der Arbeitsgruppe gehört ein/eine VertreterIn der Gemeinde an. Die Gruppe ist für die jährliche Evaluierung und die Einhaltung der Ziele verantwortlich.

3. FAIRTRADE Produkte leicht verfügbar

FAIRTRADE Produkte sind in lokalen Geschäften leicht verfügbar und werden in lokalen Gastronomiebetrieben (z.B.: Gasthäuser, Kaffeehäuser) angeboten. Die Bevölkerung wird regelmäßig über das FAIRTRADE Angebot informiert (z.B.: Erstellung eines Einkaufsführers).

4. Lobbying in der Gemeinde für FAIRTRADE Produkte

FAIRTRADE Produkte werden in Betrieben, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen, Pfarren usw. verwendet. Ein Vorzeigeunternehmen wird gewonnen, das auf FAIRTRADE Produkte umstellt.

5. FAIRTRADE bewerben

In der Gemeinde wird FAIRTRADE durch regelmäßige Berichterstattung in gemeindeeigenen Publikationen, Aussendungen etc. und auch auf der Homepage zum Thema gemacht. Veranstaltungen werden organisiert, um das Bewusstsein der Bevölkerung für FAIRTRADE zu stärken (jedenfalls eine Veranstaltung innerhalb der jährlichen FAIRTRADE Wochen). Am

Gemeindeamt und in anderen Einrichtungen wird mit Plakaten, Aufklebern, Flyern etc. auf FAIRTRADE aufmerksam gemacht.

Graz wäre die erste Landeshauptstadt, die Fairtrade-Gemeinde wird und würde dadurch ihren progressiven Weg als Menschenrechtsstadt weitergehen.

Im Namen des Grünen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

A n t r a g :

Die Magistratsdirektion, das Umweltamt und alle weiteren zuständigen Abteilungen werden aufgefordert,

1. die im Motivenbericht angeführten 5 Kriterien so bald als möglich zu erfüllen,
2. mit der österreichischen Fairtrade-Zertifizierungsorganisation in Kontakt zu treten und um Auszeichnung als Fairtrade-Gemeinde anzusuchen,
3. entsprechend der 5 Kriterien und des Fairtrade-Konzeptes, unter Rücksichtnahme auf ökologische Kriterien, Projekte – besonders im Bereich der städtischen Beschaffung und der öffentlichen Unterstützung der Fairtrade-Idee – zu entwerfen und durchzuführen.
4. die notwendigen finanziellen Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Über die Durchführung dieser Aktivitäten ist dem Gemeinderat in den Sitzungen im Juni 2009 Bericht zu erstatten.

13) Fahrradoffensive im Magistrat Graz

GR. **Schneider** stellt namens der Grünen, der FPÖ und des BZÖ folgenden Antrag:

GR. **Schneider**: Wie Sie wissen, ein besonderes Anliegen von mir auch. Dieser Antrag wird übrigens dankenswerterweise auch von den Fraktionen von FPÖ und BZÖ unterstützt. Der Antragstext ganz kurz.

Die zuständigen Abteilungen werden aufgefordert, die Fahrradpauschale spürbar zu erhöhen sowie alle Abteilungen und das Haus Graz dazu aufzufordern, sich am Leihradprojekt, das derzeit in der Abteilung für Verkehrsplanung entwickelt wird, zu beteiligen, damit in jeder Abteilung Fahrräder zur Verfügung stehen für Dienstfahrten, wenn immer das sinnvoll ist. Vielen Dank (*Applaus Grüne*).

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsgemäßen Behandlung zugewiesen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Gerade in Städten ist für viele Wege die Benützung des Fahrrades die gescheiteste Art, sich fortzubewegen. Gerade in einer von schlechter Luft geplagten Stadt wie Graz ist es ein besonderes Gebot, wann immer möglich Fahrten mit dem Fahrrad zu unternehmen.

Der Anstieg des Anteils der mit Fahrrädern zurückgelegten Wege in Graz seit 2004 freut uns. Besser für unsere Gesundheit und unser Wohlbefinden wäre ein noch viel höherer Anteil an Fahrradwegen.

Die Stadt Graz, die PolitikerInnen, BeamtInnen und Bediensteten haben dabei die besondere Verantwortung, als Vorbilder voranzugehen und wo immer möglich, das Fahrrad zu benutzen. Das soll auch leicht möglich gemacht werden und darf keinen Nachteil für den oder die FahrradbenützerIn mit sich bringen.

In Absprache mit dem Vorsitzenden der Personalvertretung des Magistrates Graz stelle ich im Namen der Fraktion der Grünen folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Abteilungen werden aufgefordert, die Fahrradpauschale spürbar zu erhöhen.

Alle Abteilungen und das Haus Graz werden aufgefordert, sich am Leihradprojekt, das derzeit in der Abteilung für Verkehrsplanung ausgearbeitet wird, zu beteiligen und in jeder Abteilung Fahrräder zur Verwendung für Dienstfahrten zur Verfügung zu halten und diese wann immer sinnvoll zu nutzen.

Über die Durchführung dieser Aktivitäten ist dem Gemeinderat in der Sitzung im Juni 2009 Bericht zu erstatten.

14) Wiedererrichtung des Fußgängerüberganges an der Kreuzung Herrgottwiesgasse/Auf der Tändelwiese/Puchstraße und Vorverlegung der Straßenbahnhaltestelle der Linie 5

GRin. **Bergmann** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Bergmann**: Im Rahmen der Sanierung der Herrgottwiesgasse wurde im oben genannten Kreuzungsbereich, also im Antragstext angeführten Kreuzungsbereich der Herrgottwiesgasse/Tändelwiese und Puchstraße, die Haltestelle der Linie 5 stadtauswärts verlegt. In diesem Zusammenhang wurde auch der Fußgängerübergang verlegt und zwar aus Sicherheitsgründen mit, es wurde begründet mit dem Sicherheitsabstand zur Straßenbahn. Leider wird der Fußgängerübergang auf dieser Kreuzung, der jetzt als Ersatz angelegt wurde kaum benützt, da man dort nur zur ansässigen Trafik kommen kann. Die meisten Menschen, also Ältere, Mütter mit Kinderwagen und auch Kinder, werden die Straße nicht gesichert an der Stelle, wo der frühere Gehweg war, weil auf der anderen Seite der Straße die Haltestelle der Linie 5 stadteinwärts liegt. Die Sicherheit ist somit erst recht nicht gegeben und es ist nur eine Frage der Zeit, bis es dort zu einem schweren Unfall kommt. Es wurden diesbezüglich bereits mehrere Anfragen von Seiten des Bezirksrates Gries und auch hier im Gemeinderat gestellt. Leider wurde

es immer, mit den Sicherheitsvorschriften bezüglich der Straßenbahn begründet, abgelehnt.

Ich stelle daher im Namen der KPÖ-Fraktion den

A n t r a g ,

die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz sollen prüfen, ob eine Vorverlegung der Straßenbahnhaltestelle möglich ist und somit der Sicherheitsabstand für einen Fußgängerübergang gegeben ist und dieser auch dann wieder errichtet werden kann. Danke (*Applaus KPÖ*).

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsgemäßen Behandlung zugewiesen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Im Rahmen der Sanierung der Herrgottwiesgasse wurde im oben genannten Kreuzungsbereich die Haltestelle der Linie 5 stadtauswärts verlegt, in diesem Zusammenhang aus Sicherheitsgründen der Fußgängerübergang entfernt und auf die gegenüberliegende Seite verlegt.

Leider wird der Fußgängerübergang auf dieser Seite der Kreuzung kaum benützt, da damit nur die dort ansässige Trafik zu erreichen ist.

Die meisten Menschen (Ältere, Mütter mit Kinderwägen, Kinder) queren jetzt die Straße nicht gesichert an der Stelle des entfernten Fußgängerüberganges, um zur Haltestelle der Linie 5 stadteinwärts zu gelangen.

Die Sicherheit ist somit erst recht nicht gegeben und es ist nur eine Frage der Zeit, bis es hier zu einem schweren Unfall kommt.

Es wurden diesbezüglich bereits mehrere Anfragen von Seiten des Bezirksrates Gries und auch im Gemeinderat gestellt. Leider wurde die Ablehnung dieses

Vorschlages immer unter Hinweis auf Sicherheitsvorschriften bezüglich der Straßenbahn begründet.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz sollen prüfen, ob eine Vorverlegung der Straßenbahnhaltestelle stadteinwärts möglich ist und somit der Sicherheitsabstand für einen Fußgängerübergang gegeben ist und dieser auch wieder errichtet werden kann.

15) Verkehrssicherheit in Liebenau

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es geht um mehr Verkehrssicherheit auch bei mir, und zwar in Liebenau. Der Fuchsenfeldweg und seine im spitzen Winkel einmündenden Seitenstraßen sind gefährlich, unübersichtlich, die 30 km/h werden nicht eingehalten, was es braucht, sind sicher Stopp- und Nachrangtafeln beziehungsweise Verkehrsspiegel. Ähnliches auch am Fuchsenfeldweg – Einmündung in die Liebenauer Hauptstraße, da ist auch viel Gefahrenpotential, das entschärft gehört. So meinen es besorgte Anrainerinnen und Anrainer mit der Bitte, die zuständigen Stellen damit zu beauftragen. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Einmündungen der Seitenstraßen Alfafarweg, Lorenz-Vest-Weg und Ampfererweg in den Fuchsenfeldweg (im Bezirk Liebenau) sind durch den spitzen Winkel und die hohen Thujenhecken, in Richtung Liebenauer Hauptstraße fahrend, vollkommen uneinsehbar.

Da viele Bewohner besagter Seitengassen häufig schneller als die erlaubten 30 km/h unterwegs sind, kommt es im Kreuzungsbereich beinahe täglich zu gefährlichen Situationen. Besorgte AnrainerInnen bitten daher dringend, diese Seitengassen mit Nachrang- bzw. Stopp-Tafeln zu versehen. Auch Verkehrsspiegel würden zur Sicherheit beitragen.

Eine weitere Gefahrenzone bildet die Einmündung des Fuchsenfeldweges in die Liebenauer Hauptstraße selbst. Durch die Verengung der Kurve im Bereich der Volksbank fahren viele Verkehrsteilnehmer stadtauswärts weit über die Mittellinie auf der stadteinwärts führenden Fahrspur, sodass ein Einbiegen in die Liebenauer Hauptstraße vom Fuchsenfeldweg Richtung Stadtzentrum ebenfalls Gefahren birgt. Hier könnte vielleicht eine Sperrlinie entscheidend helfen.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen werden beauftragt, die im Motivenbericht erwähnten Verkehrssicherheitsmaßnahmen in die Wege zu leiten.

16) Meldepflicht für leer stehende Wohnungen - kommunale Abgabe

GRin. Mag.^a **Taberhofer** stellt folgenden Antrag:

Mag.^a **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! In Zeiten der Wohnungsnot ist jede Wohnung, die längere Zeit leer steht, ein Ärgernis. In meinem Motivenbericht zitiere ich die regionalisierte Prognose der Österreichischen Raumordnungskonferenz, wichtigster Aspekt dabei, es ist mit

steigendem Wohnungsbedarf zu rechnen. Schlüsse, die daraus zu ziehen sind, entweder wird Wohnungsneubau forciert oder bestehender Wohnraum renoviert beziehungsweise besser genutzt. Aus Sicht der KPÖ ist aber jedoch vor allem die Leistbarkeit der Wohnungen ein entscheidendes Kriterium. Aus dem Grund setzen wir uns kontinuierlich dafür ein, dass bei Wohnungsneubau vor allem mehr Gemeindewohnungen gebaut werden müssen, weil eben auch die Nachfrage nach erschwinglichen Wohnungen immer größer wird und die wenigen Flächen, die innerhalb der Stadt für diesen Zweck geeignet sind, sollten eben vorrangig für sozialen Wohnbau genutzt werden. Wenn man jetzt die zweite Möglichkeit heranzieht, nämlich bestehenden Wohnraum besser zu nutzen, zählt dazu auch die Anzahl leer stehender Wohnungen in der Stadt, die sollen erhoben werden und Voraussetzungen geschaffen, dass sie wieder vermietet werden können, auch wenn es laut ÖROK-Prognose der Anteil an leer stehenden Wohnungen, im billigeren Segment sind es sehr wenige, der größere Teil fällt somit auf bessere beziehungsweise beste Kategorien. Aber leer stehende Wohnungen können und sollen aber nur ein vorübergehendes Phänomen sein, dass aus Sicht der KPÖ in jedem Fall zum Handeln auffordert und aus diesem Grund stelle ich daher namens der KPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden

A n t r a g :

- 1.) Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, voraussetzende Bedingungen für eine Meldepflicht bei leer stehenden Wohnungen, die zum Beispiel länger als drei Monate nicht genutzt werden, zu erarbeiten und
- 2.) eine kommunale Abgabe für leer stehende Wohnungen zu prüfen.

Danke (Applaus KPÖ).

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Motivenbericht nur schriftlich:

In Zeiten der Wohnungsnot ist jede Wohnung, die längere Zeit leer steht, ein Ärgernis.

Die ÖROK (Österreichische Raumordnungskonferenz) hat eine regionalisierte Prognose des künftigen Wohnungsbedarfs für den Zeitraum 2001-2031 erstellt. Als Ergebnis wird festgehalten, dass die Wohnungsnachfrage steigen wird, einerseits aufgrund einer Zunahme der Zahl der Haushalte und einem Sinken der Haushaltsgröße und andererseits als Folge der Veränderungen des Anspruchsniveaus hinsichtlich Größe, Ausstattung und Lage der Wohnungen. Daraus ergeben sich zwei Ansatzpunkte, Wohnungsneubauten zu forcieren oder bestehenden Wohnraum zu renovieren bzw. besser zu nutzen. Aus Sicht der KPÖ ist jedoch vor allem die Leistbarkeit der Wohnungen ein entscheidendes Kriterium. Aus diesem Grund setzen wir uns kontinuierlich dafür ein, dass mehr Gemeindewohnungen gebaut werden müssen. Abgesehen davon, dass die Nachfrage nach erschwinglichen Wohnungen immer größer wird, müssen die wenigen Flächen, die innerhalb des Stadtgebietes für diesen Zweck geeignet sind, vorrangig für sozialen Wohnbau genutzt werden. Neubauten im Stadtgebiet sind somit aufgrund der vorhandenen Flächen Grenzen gesetzt und es darf z.B. nicht dazu kommen, den Grüngürtel völlig zu verbauen. Die zweite Möglichkeit ist somit, bestehenden Wohnraum besser zu nutzen.

Dazu zählt auch, die Anzahl leer stehender Wohnungen in der Stadt zu erheben und Voraussetzungen zu schaffen, dass sie wieder vermietet werden. Laut ÖROK-Prognose ist der Anteil an leer stehenden Wohnungen in Graz, die der Kategorie D zuzuweisen sind, sehr gering. Der größere Teil fällt somit auf bessere bzw. beste Kategorien. Leer stehende Wohnungen können und sollen aber nur ein vorübergehendes Phänomen sein, das aus Sicht der KPÖ in jedem Fall zum Handeln auffordert.

Aus diesem Grund stelle ich daher namens der KPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden

A n t r a g :

- 1.) Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, voraussetzende Bedingungen für eine Meldepflicht bei leer stehenden Wohnungen, die länger als 3 Monate nicht genutzt werden, zu erarbeiten und

2.) eine kommunale Abgabe für leer stehende Wohnungen zu prüfen.

17) Ordnungshüter in den Fahrzeugen der GVB

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Antrag:

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich bin ein begeisterter Zeitungsleser und habe vergangene Woche im Kurier einen Artikel gefunden, dass in Klagenfurt, in der Landeshauptstadt Klagenfurt, die Polizei zusätzliche Kontrollen in den Verkehrsmitteln der Stadtwerke durchführen. Deswegen habe ich mich schlau gemacht und habe festgestellt, dass es in Graz nicht der Fall ist, um das jetzt abzukürzen, stelle ich namens des FPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen, Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird ersucht, mit den zuständigen Stellen der Sicherheitsbehörde und der GVB in Verhandlungen zu treten, um in den Fahrzeugen der GVB, vor allem in den Abendstunden, eine ausreichende Polizeipräsenz nach dem Klagenfurter Vorbild zu erwirken.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! In den vergangenen Wochen war in diversen Medien vermehrt über Pöbeleien und Prügeleien mit teilweise Schwerverletzten zu lesen.

Leider ist dieses Bild keine kurze Momentaufnahme, sondern ein Exponent der permanent steigenden Gewaltbereitschaft, mit der unsere Gesellschaft vermehrt konfrontiert wird.

Nicht nur Graz hat mit Gewaltdelikten in öffentlichen Verkehrsmitteln zu kämpfen, auch in anderen Städten Österreichs wird vermehrt über dieses Problem berichtet.

Dieser Problematik kann, wie das Beispiel Klagenfurt zeigt, nur mit einer entsprechenden Exekutivpräsenz begegnet werden, da die Chauffeure in den Straßenbahnen und Bussen lediglich Hilfe holen und bei nächst bester Gelegenheit das Fahrzeug abstellen dürfen. In den meisten Fällen ist es dann aber schon zu spät bzw. das Opfer bereits geschädigt.

Außerdem hat im Ernstfall die Polizei auch die notwendige Exekutivgewalt, um entsprechend einschreiten zu können.

Ich stelle daher namens des FPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird ersucht, mit den zuständigen Stellen der Sicherheitsbehörde und der GVB in Verhandlungen zu treten, um in den Fahrzeugen der GVB, vor allem in den Abendstunden, eine ausreichende Polizeipräsenz nach dem Klagenfurter Vorbild zu erwirken.

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 17.05 Uhr den Vorsitz.

18) Verkürzung der Geltungsdauer der Grünen Parkzonen

GR. Ing. **Lohr** stellt folgenden Antrag:

Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Ist eh ein Antrag in Ihrem Bereich, es geht um die Verkürzung der Geltungsdauer in den Grünen Parkzonen. Momentan reicht die Geltungszeit von 9.00 bis 20.00 Uhr. In vielen Grazer Bezirken, beispielsweise Eggenberg, St. Peter beginnen sich die Zonenplätze ab 16.00 Uhr zu leeren, Grund dafür ist, dass viele Arbeitnehmer und Studenten sich um diese Zeit bereits auf den Heimweg machen, die Zonen stehen leer, sind unwirtschaftlich und auch unzweckmäßig. Zur Stärkung der Klein- und Mittelbetriebe stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs den

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen, die Gebührenpflicht in den Grünen Parkzonen bereits um 17.00 Uhr enden zu lassen.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die Geltungszeit der Grünen Parkzonen reicht derzeit von 9 bis 20 Uhr. In einigen Grazer Bezirken, wie beispielsweise in Eggenberg, beginnen sich die Zonenparkplätze aber ab 16 Uhr zu leeren.

Grund dafür ist, dass viele Arbeitnehmer und Studenten bereits um diese Zeit den Heimweg antreten. Die Zonen stehen leer und werden daher nicht bewirtschaftet.

Um den Kunden von kleineren Unternehmen und Gastronomiebetrieben das Parken zu erleichtern, sollten die Grünen Zonen bereits ab 17 Uhr gebührenfrei sein. Das bringt eine Stärkung der kleinen und mittleren Geschäfte, die meist keine eigenen Parkplätze anbieten können. Da die Überwachung von leeren Parkplätzen abends vermutlich nicht kostendeckend ist, kann sie früher beendet werden und hilft der Stadt Graz Ausgaben zu sparen.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen, die Gebührenpflicht in den Grünen Parkzonen bereits um 17 Uhr enden zu lassen.

19) Lehrlingsoffensive

GR. **Hötzl** stellt folgenden Antrag:

GR. **Hötzl**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Ich bin mir der Tatsache bewusst, dass gegenständlicher Antrag inhaltlich in ähnlicher Form erst vor wenigen Sitzungen als dringlicher Antrag von Herrn Gemeinderat Kolar von der SPÖ gestellt wurde. Ich möchte mich heute nicht als Plagiator betätigen, sondern auf Grund der außerordentlichen Wichtigkeit dieses Themas nochmals auf den dringenden Handlungsbedarf hinweisen. Der vorliegende Antrag ist außerdem Teil einer steiermarkweiten Initiativenaktion freiheitlicher Gemeinderäte. Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich folgenden

A n t r a g :

Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen, innerhalb des Wirkungsbereiches der Stadt Graz im Bereich der Verwaltung sowie in stadtnahen Betrieben nach Möglichkeit Lehrlingsarbeitsplätze auszuweisen und diese sobald als möglich zu besetzen. Die Abteilungen und Ämter werden beauftragt, dem Gemeinderat hierüber Bericht zu erstatten (*Applaus FPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Es freut mich, dass ich berichten kann, dass wir bei den Wirtschaftsbetrieben, also die Lehrplätze, über die in den letzten Tagen die Rede ist,

werden alle bei den Wirtschaftsbetrieben ausgeschrieben und da laufen gerade die Ausschreibungen und wir haben reges Interesse vorgefunden.

Motivenbericht nur schriftlich:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich bin mir der Tatsache bewusst, dass gegenständlicher Antrag in inhaltlich ähnlicher Form erst vor wenigen Sitzungen als dringlicher Antrag von Herrn Gemeinderat Kolar (SPÖ) gestellt wurde.

Ich möchte mich heute also nicht als Plagiator betätigen, sondern aufgrund der außerordentlichen Wichtigkeit dieses Themas nochmals auf den dringenden Handlungsbedarf hinweisen. Der vorliegende Antrag ist Teil einer steiermarkweiten Initiativenaktion freiheitlicher Gemeinderäte.

Die jüngsten Arbeitslosenzahlen belegen, dass Jugendliche in überdurchschnittlichem Ausmaß zu den Betroffenen zählen. Die Steiermark ist in punkto Jugendarbeitslosigkeit im Vorderfeld der Bundesländer zu finden. Während kranke Banken praktisch über Nacht gerettet werden, sind die akuten Probleme unserer Jugend auf dem Arbeitsmarkt offenbar kein Grund zu besonderer Eile.

Eine verheerende Entwicklung ist vor allem auf dem Lehrstellenmarkt sichtbar. Obwohl 2008 die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt noch nicht spürbar waren, ist die Zahl der Lehrlinge im 1. Lehrjahr gegenüber dem Vorjahr um 911 oder 2,2% zurückgegangen.

In der Steiermark suchen aktuell 737 Jugendliche eine Lehrstelle. Der Anstieg an arbeitslosen 15-bis 25-Jährigen beträgt in der Steiermark +44% im Vergleich zum Vorjahr. Aktuell ist steiermarkweit rund 7800 der unter 25-Jährigen arbeitslos. Weitere 3202 Personen dieser Altersgruppe befinden sich in AMS-Schulungen.

Die jüngsten Aktivitäten der Landesregierung in diesem Bereich sind prinzipiell zu begrüßen, jedoch kann es sich nur um einen ersten Schritt handeln. Eine Erhöhung der Lehrstellen im Landesdienst ist daher ein Gebot der Stunde. Für die Bezahlung der Lehrlingsentschädigungen ist ein Sonderbudget einzurichten, sodass jene Stellen, die mehr Ausbildungsplätze schaffen, auch überdurchschnittlich davon profitieren. Momentan werden in der ganzen Steiermark von insgesamt 542 Gemeinden nur 125 Lehrlinge ausgebildet. Jede Gemeinde, die die Möglichkeit dazu

hat und die Voraussetzungen erfüllt, muss in Zeiten wie diesen einen Beitrag zur Verbesserung der Situation zu leisten.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

A n t r a g :

Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen, innerhalb des Wirkungsbereiches der Stadt Graz im Bereich der Verwaltung sowie in stadtnahen Betrieben nach Möglichkeit Lehrlingsarbeitsplätze auszuweisen und diese sobald als möglich zu besetzen. Die Abteilungen und Ämter werden beauftragt, dem Gemeinderat hierüber Bericht zu erstatten.

20) Errichtung eines Kreisverkehrs in Höhe der Kreuzung Petrifelderstraße – Neufeldweg (Petrifelderstraße als Vorrangstraße)

GR. **Schröck** stellt folgenden Antrag:

GR. **Schröck**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Ich komme nun zu unseren Anträgen in verkürzter Form. Der erste Antrag handelt über die Errichtung eines Kreisverkehrs in Höhe der Kreuzung Petrifelderstraße – Neufeldweg. Petrifelderstraße als Vorrangstraße zu sehen. Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

1. Die zuständige Verkehrsreferentin Vizebürgermeisterin Lisa Rücker wird aufgefordert, die Errichtung eines Kreisverkehrs in Höhe der Kreuzung Petrifelderstraße-Neufeldweg zu überprüfen.
2. Die zuständige Verkehrsreferentin Vizebürgermeisterin Lisa Rücker wird aufgefordert, alternativ zum vorgeschlagenen Kreisverkehr die Errichtung einer Ampelregelung zwischen den beiden Kreuzungen zu prüfen.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Kreuzung Petrifelderstraße – Neufeldweg in Graz-Liebenau ist durch den Verkehr zwischen den Bezirken Liebenau und St. Peter wichtige Verbindungsstraße, sowie eine Ausweichroute für Pendler durch die jüngst errichtete Autobahnabfahrt Graz-Ost Murpark.

Direkt am Neufeldweg werden neue Siedlungen der Genossenschaft GWS errichtet - durch die Bewohner wird in Zukunft ein steigendes Verkehrsaufkommen zu erwarten sein.

Durch das starke Verkehrsaufkommen ist eine sichere Ausfahrt schon jetzt nur mehr bedingt möglich, durch die künftige Verkehrsmehrbelastung des Neufeldweges wird die sichere Ausfahrt (Überquerung und Abbiegen) noch schwieriger werden.

Dadurch ist einerseits mit starkem Rückstau in den Neufeldweg zu rechnen, andererseits werden weiterhin schwere Verkehrsunfälle – wie bereits zurzeit beinahe wöchentlich – die Folge sein.

Eine Lösung zur Sicherheit der Verkehrsteilnehmer wäre die Errichtung eines Kreisverkehrs Petrifelderstraße-Neufeldweg.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

1. Die zuständige Verkehrsreferentin Vizebürgermeisterin Lisa Rücker wird aufgefordert, die Errichtung eines Kreisverkehrs in Höhe der Kreuzung Petrifelderstraße-Neufeldweg zu überprüfen.
2. Die zuständige Verkehrsreferentin Vizebürgermeisterin Lisa Rücker wird aufgefordert, alternativ zum vorgeschlagenen Kreisverkehr die Errichtung einer Ampelregelung zwischen den beiden Kreuzungen zu prüfen.

21) Entschärfung des Kreisverkehrs Ostbahnstraße/Murpark

GR. **Schröck** stellt folgenden Antrag:

GR. **Schröck**: Der nächste Antrag behandelt die Entschärfung des Kreisverkehrs Ostbahnstraße – Murpark. Der Antragstext lautet: Die zuständige Verkehrsreferentin Vizebürgermeisterin Rücker wird aufgefordert zu überprüfen, ob die Abfahrt Liebenauer Tangente/Autobahnabfahrt Graz Ost/Murpark bereits vor der Einmündung in den Kreisverkehr durch bauliche Maßnahmen so verändert werden kann, dass die Einmündung in den Kreisverkehr Ostbahnstraße einspurig erfolgt. Die zuständige Verkehrsreferentin wird aufgefordert zu überprüfen, ob der Kreisverkehr Ostbahnstraße auf einspurige Verkehrsführung geändert werden kann, um die Ausfahrt aus dem Kreisverkehr zu erleichtern, um so die oftmaligen Verkehrsunfälle zu verhindern. Der Stadtsenat wird aufgefordert, die Problematik den Grazer Exekutivbehörden zur Kenntnis zu bringen und diese gleichzeitig zu ersuchen, ein verstärktes Augenmerk auf die zitierten Vergehen gegen die Straßenverkehrsordnung zu richten und die Einhaltung der Straßenverkehrsordnung in Bezug auf die Vorrangregelung im genannten Kreisverkehr verstärkt zu kontrollieren.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Der Kreisverkehr Ostbahnstraße ist einerseits durch die Autobahnabfahrt Graz-Ost, andererseits durch die Zufahrt zum Einkaufszentrum Murpark stark frequentiert.

Hier erfolgt eine zweispurige Einmündung von der Liebenauer Tangente (Autobahnabfahrt) in den Kreisverkehr, der nur in einspurige Abfahrten in die P+R/Murpark bzw. Ostbahnstraße ableitet. Oftmals entstehen dadurch Gefahrensituationen durch Autofahrer, die Vorrangregelungen missachten bzw. zu spät wahrnehmen und somit Verkehrsunfälle verursacht werden, die durch einfache Entschärfung zu vermeiden wären.

Eine Lösung des Zufahrtproblems würde durch eine bereits einspurige Ableitung bzw. alternativ bereits frühzeitige Zusammenführung beider Fahrspuren von der Liebenauer Tangente mit einspuriger Einmündung in den Kreisverkehr bilden.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

1. Die zuständige Verkehrsreferentin Vizebürgermeisterin Lisa Rücker wird aufgefordert zu überprüfen, ob die Abfahrt Liebenauer Tangente/Autobahnabfahrt Graz Ost/Murpark bereits vor der Einmündung in den Kreisverkehr durch bauliche Maßnahmen so verändert werden kann, dass die Einmündung in den Kreisverkehr Ostbahnstraße einspurig erfolgt.
2. Die zuständige Verkehrsreferentin Vizebürgermeisterin Lisa Rücker wird aufgefordert zu überprüfen, ob der Kreisverkehr Ostbahnstraße auf einspurige Verkehrsführung geändert werden kann, um die Ausfahrt aus dem Kreisverkehr zu erleichtern und so die oftmaligen Verkehrsunfälle zu verhindern

3. Der Stadtsenat wird aufgefordert, die Problematik den Grazer Exekutivbehörden zur Kenntnis zu bringen und diese gleichzeitig zu ersuchen, ein verstärktes Augenmerk auf die zitierten Vergehen gegen die Straßenverkehrsordnung zu richten und die Einhaltung der Straßenverkehrsordnung in Bezug auf die Vorrangregelung im genannten Kreisverkehr verstärkt zu kontrollieren.

22) Verbreiterung der Puntigamerstraße in Fahrtrichtung Liebenau-Puntigam im Bereich der Kreuzung Raiffeisenstraße

GR. **Schröck** stellt folgenden Antrag:

GR. **Schröck**: Über die Verbreiterung der Puntigamerstraße in Richtung Liebenau-Puntigam im Bereich der Kreuzung Raiffeisenstraße. Auch hier komme ich gleich zum Antragstext. Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen: Die zuständige Verkehrsreferentin Vizebürgermeisterin Lisa Rücker wird aufgefordert zu überprüfen ob die Fahrbahn nach dem Kreuzungsbereich Puntigamerstraße – Raiffeisenstraße saniert und entsprechende Bodenmarkierungen angebracht werden können, und die zuständige Verkehrsreferentin Vizebürgermeisterin Lisa Rücker wird aufgefordert, zu überprüfen ob eine verbesserte Bodenmarkierung im Kreuzungsbereich aus der Raiffeisenstraße in die Puntigamerstraße angebracht werden kann.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Seit Ende 2008 wird an einer Verbreiterung der Fahrbahn an der Puntigamerstraße gearbeitet.

Die Fertigstellung lässt allerdings auf sich warten, wodurch eine aktuell eingeschränkte Fahrbahnqualität die Folge ist.

Des Weiteren ist in diesem Bereich keine Bodenmarkierung sichtbar.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

1. Die zuständige Verkehrsreferentin Vizebürgermeisterin Lisa Rücker wird aufgefordert zu überprüfen, ob die Fahrbahn nach dem Kreuzungsbereich Puntigamerstraße – Raiffeisenstraße saniert und entsprechende Bodenmarkierungen angebracht werden können.
2. Die zuständige Verkehrsreferentin Vizebürgermeisterin Lisa Rücker wird aufgefordert zu überprüfen, ob eine verbesserte Bodenmarkierung im Kreuzungsbereich/Ausfahrt aus der Raiffeisenstraße in die Puntigamerstraße angebracht werden kann.

23) Kennzeichnung einer gesonderten Abbiegespur von der Puntigamerstraße in die Casalgasse in Fahrtrichtung Liebenau-Puntigam

GR. **Schröck** stellt folgenden Antrag:

GR. **Schröck**: Es geht um die Kennzeichnung einer gesonderten Abbiegespur vor der Puntigamerstraße in die Casalgasse in Fahrtrichtung Liebenau. Auch hier wird die zuständige Referentin Vizebürgermeisterin Rücker aufgefordert, die Errichtung eines nach örtlichen Gegebenheiten begrenzten Abbiegebereiches von der Puntigamerstraße in die Casalgasse zu überprüfen. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Puntigamerstraße gilt als Verbindungsstraße zwischen Liebenau und Puntigam und ist nicht nur in Stoßzeiten eine sehr stark frequentierte Verkehrsverbindung.

Im Bereich der Kreuzung Casalgasse entsteht mehrmals täglich weitläufiger Rückstau in Richtung Liebenau, da der Verkehrsfluss durch abbiegende Fahrzeuge in die Casalgasse behindert wird.

Eine Lösung zur Eindämmung der Staus wäre die Einrichtung einer separaten Abbiegespur im Kreuzungsbereich Puntigamerstraße – Casalgasse.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Die zuständige Verkehrsreferentin Vizebürgermeisterin Lisa Rücker wird aufgefordert, die Errichtung eines nach örtlichen Gegebenheiten begrenzten Abbiegebereiches/Abbiegespur von der Puntigamerstraße in die Casalgasse - Fahrtrichtung Puntigam – zu überprüfen.